

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zweite Bilanz des ersten Jahresquartals

Während an den Parteiversammlungen im März und April im ganzen Ostblock überall die Erfüllung der Industrieproduktion hervorgehoben wurde, die der schlechten Lage der Landwirtschaft gegenübergestellt wurde, zeigen die Veröffentlichungen im Mai ein bedeutend weniger rosiges Bild auch von dieser Sparte. Länder, die im allgemeinen nichts als Uebererfüllung der Pläne angaben, lassen jetzt im Besonderen erkennen, dass ganze Produktionszweige weit unter den geplanten Resultaten blieben.

Besonders unerwartet kommen die Rückschläge in Bulgarien, wo Misserfolge bisher auf Landwirtschaft (namentlich Viehzucht) und gewisse Konsumgüter beschränkt zu sein schienen. Doch sprach Ministerpräsident Jugoff von «ernsthaften Unzulänglichkeiten», die raschestens behoben werden müssten, wenn nicht die gesamte Wirtschaft gehemmt sein solle. 248 Betriebe haben ihre Pläne für die ersten drei Monate nicht erfüllt und sind dem Staat 130 Millionen Lewa an Industrie-Erzeugnissen schuldig geblieben. «Die Tatsachen weisen darauf hin», erklärte der Regierungschef, «dass es keinen Landkreis gibt, der seinen Plan bezüglich Arbeitsproduktivität erfüllt hätte.» Zudem konnte die geplante Senkung der Gesteinskosten nicht durchgeführt werden.

In Ungarn ist es die Textilindustrie, die in Rückstand geraten ist und es vor allem an Regelmässigkeit und Pünktlichkeit der Lieferungen fehlen liess. Das wird als besonders schwerwiegend empfunden, da diese Güter zu den wichtigsten Exporten zählen, führt doch das Land jährlich nahezu 100 Millionen Meter Textilien aus. Auch erfolgen die Belehrungen an die Schuldigen ausdrücklich mit dem Hinweis, dem Aussenhandel müsse endlich ermöglicht werden, sich den Ländern der freien Marktwirtschaft gegenüber zu festen Lieferterminen zu verpflichten.

In Polen konnte für das 1. Quartal der Exportplan nicht erfüllt werden. Nach den freien Märkten insbesondere wurden lediglich 79 Prozent der vorgesehenen Werte ausgeführt. Polen, das aus dem Westen nicht nur für seinen industriellen Aufbau importiert, sondern der unbefriedigenden Agrarlage wegen noch zusätzlich Getreide einführen muss, ist an einer ausgeglichenen Aussenhandelsbilanz besonders interessiert.

Ein Defizit aus dem Vorjahr, das in diesem Jahr bisher gar nicht vermindert werden konnte, stellt in Polen die Stromerzeugung dar, was natürlich seine Auswirkung auf die ganze weitere Industrieproduktion hat.

Planrückstände in der Elektro-Industrie beklagt ebenfalls die sowjetische Besatzungszone Deutschland, wenn auch die Bruttoproduktion gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 7,4 Prozent gesteigert wurde.

Bei dieser Gegenüberstellung von Nichterfüllung der Pläne und Zunahme der absoluten Erzeugung lässt sich die Frage stellen, wie aufschlussreich oder -arm die im Osten immer getroffene Beurteilung der am Plan gemessenen Leistung ist.

Es ist einleuchtend, dass gerade hochgeschraubte Pläne schwierig zu erfüllen sind, dass also insbesondere forcierte Industriezweige deutlich hinter dem Plan nachinken, aber doch gleichzeitig erheblich wachsen können. Insofern lässt sich aus diesen Erfüllungsziffern tatsächlich nicht zurecht herauslesen, um so mehr, als sie von den Behörden nach beiden Seiten hin frisiert sein könnten (bei Uebererfüllung auch auf der negativen Seite, um eine höhere Ansetzung der Normen zu vermeiden). Dagegen aber ist der Plan nicht einfach ein wirtschaftlich unverbindlich gestecktes Ziel, sondern zugleich ein Wirtschaftsprogramm, das die gewünschte Produktion der verschiedenen Zweige aufeinander abstimmt und koordiniert. Lücken auf einem Gebiet machen sich bei der Planwirtschaft unweigerlich auf weiteren geltend. Somit stellt die Planerfüllung eine den kommunistischen Ländern spezifisch eigene Realität dar, die für den Stand der Oekonomie tatsächlich aufschlussreich ist.

Ungenau Sputniks

beklagt die Sowjetpresse, aber die Kritik bezieht sich ausschliesslich auf Uhren mit diesem Markennamen.

Dass zahlreiche grosse Unternehmen in aller Schärfe ihrer minderwertigen Produkte wegen gerügt werden, ist auffällig, denn die sowjetische Uhrenindustrie unternimmt seit einiger Zeit grosse Anstrengungen auf diesem Gebiet, und von so eklatanten Misserfolgen, wie sie in der «Prawda» geschildert werden, hatte man eigentlich nichts gehört. Aber gerade die ange-

führte Liste der Versager erlaubt die richtige Wertung dieser Nachrichten, und sie ist geeignet, westliche Uhrenproduzenten zu desillusionieren.

Minderwertige Qualität weisen nämlich nur jene Erzeugnisse auf, die für den Inlandmarkt bestimmt sind, während die grossen Exportfirmen hochwertige Arbeit leisten. Die Qualität bleibt dort gewahrt, wo es um die sowjetische Aussenhandels-offensive geht, und wird dort vernachlässigt, wo nur die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu berücksichtigen sind. Unbefriedigend arbeiten die seinerseits von Moskau aus dezentralisierten Unternehmen in Kuibischew, Tschistopolsk (Mittelwolga-Gebiet), Petroworjetch (bei Leningrad) und Ugolitsch (200 km von Moskau).

Als zufriedenstellend bezeichnet wird dagegen die Produktion in der Fabrik von Pensa, die nach ungefähr 40 Ländern exportiert. Es handelt sich um die Herstellerfirma der Uhren Zarja, Komet, Wesna, Awrora, Sura.

Jugend und Alkohol

Das überraschende Bild einer alkoholgefährdeten polnischen Jugend zeichnet die Warschauer Zeitung «Glospracy» am 5. Mai. Doch bestätigt der Artikel die in der Sowjetunion gemachte Beobachtung, dass die in man-

cher Beziehung puritanisch wirkende kommunistische Gesellschaft, die so kräftig die westliche Dekadenz verurteilt, keineswegs gegen ähnliche Erscheinungen gefeit ist. Dass bei der geringsten Lockerung des Druckes die Zügellosigkeit auftritt (die gerade jetzt in der Sowjeunion mit schärfsten Massnahmen bekämpft wird), lässt nicht auf die Gesundheit der Gesellschaftsform schliessen, ganz im Gegenteil.

Laut Bericht des Blattes befanden sich vor Jahresfrist 6250 Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren bereits in Trinkerheilanstalten, worin natürlich nur ein Teil der Alkoholgefährdeten erfasst ist.

Yankee no, Cuba- da!

Ein Leningrader Unternehmen hat die Produktion von 8000 Langspielplattenheften russischer Sprachkurse für die Kubaner aufgenommen. Die vier Langspielplatten eines Sprachkurses umfassen 72 Lektionen, durch die man sich die wichtigsten Grundbegriffe aneignen kann. Bereits in der ersten Lektion dürften die Kubaner lernen, «da» (ja) zu sagen.

In Moskau wurde ein Plan für die sowjetisch-kubanische Zusammenarbeit auf den Gebieten von Bildung, Wissenschaft und Kultur unterzeichnet.

Neues jugoslawisches Arbeitsgesetz

380 Paragraphen

48-Stunden-Woche, Leistungslohn mit Gewinnbeteiligung und strengere Einhaltung der Arbeitsdisziplin sind Prinzipien, welche im neuen jugoslawischen Arbeitsgesetz enthalten sind, das am 3. Mai in Kraft getreten ist.

Paragraph 10 des sechsteiligen Gesetzes regelt die Lohnfrage mit der Bestimmung, dass ein Arbeiter nach Quantität und Qualität seiner Leistung und nach den erzielten Gewinnen der arbeitgebenden Wirtschaftsorganisation bezahlt wird. Grundsätzlich wird allen Bürgern das Recht auf Arbeit, Wahl von Beruf und Arbeitsplatz zugesichert.

Die obligatorische Arbeitszeit ist auf 48 Stunden pro Woche festgelegt (8-Stunden-Tag), wobei jedoch der Arbeiterrat (diese auch für Personalfragen zuständige mitberatende Organisation ist sowohl den Gewerkschaften als auch der Betriebsleitung beigeordnet) eine Reduktion auf 45 Stunden wöchentlich beantragen kann. Andererseits besteht für Saisonarbeiter die Möglichkeit einer

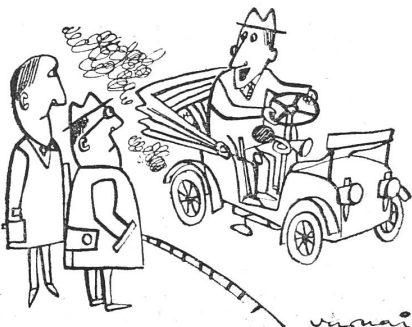
verlängerten Arbeitszeit, wobei der Arbeitstag nicht mehr als zehn Stunden umfassen dürfe. Die gesetzlich garantierten Ferien reichen von zwölf Tagen bis zu 30 Tagen (nach 25 Jahren Dienstzeit). Ausführlich geregelt ist die Urlaubsfrage bei schwangeren Frauen (105 Tage) und die reduzierte Arbeitszeit für junge Mütter, denen aber der Lohn nur für die effektive Arbeitszeit ausbezahlt wird. Bei Verletzungen der Arbeitsdisziplin hat der Betriebsdirektor beschränktere, eine von Arbeitsrat und Gewerkschaftsorganen eingesetzte «Disziplin-kommission» ausführlichere Strafbefugnisse. Die Massnahmen können von Verweis über öffentlichen Tadel bis zur Entlassung und einer Busse führen, die höchstens den zehnten Teil eines Monatslohnes betragen kann. Interessant ist, dass neben Delikten, wie Antreten in angetrunkenem Zustand und Betriebschädigungen aller Art, auch Tatbestände wie Dokumentenfälschung oder Annahme von Bestechungsgeldern noch disziplinarisch erledigt werden können.

Unser Memo

Die tibetischen Flüchtlinge, die immer noch aus ihrem «befreiten» Land auswandern, finden im Süden zusehends mehr verschlossene Grenzen. Diese tragische Situation hat verschiedene Ursachen wirtschaftlicher, und politischer Natur. Die Grenzschliessung wurde zuerst Ende März von Bhutan, dem östlichen Himalaya-Staat verfügt, weil 3000 Tibeter in Auffanglagern nicht nach Neu Delhi weiter verbracht werden konnten. Kurz darauf erklärte sich auch das indische Protektorat Sikkim ausserstande, weitere Kontingente aus Tibet aufzunehmen, und auch Nepal ermutigt die Einwanderung immer weniger. Das Königreich hat sich in dieser Frage schon seit letztem Jahr reserviert verhalten, als sich die Grenzverletzungen durch chinesische Truppen auf der Flüchtlingsverfolgung häuften. Gegenwärtig aber gibt weniger die Wachsamkeit der chinesischen Militärs zu Befürchtungen Anlass als vielmehr ihr Fehlen. Die chinesische Haltung hat sich verändert, und Flüchtlinge können nahezu ungehindert ausziehen. Die neue Taktik hat ihren Grund darin, so vermutet man in Neu Delhi, dass mit den freiheits-suchenden Tibetern grössere Kontingente kommunistischer Agitatoren und Spione eingeschmuggelt werden sollen. Die pro-

Ein Geständnis

Ungarn betrachtet sich noch keineswegs im Frieden, wie aus dem Text zu dieser Zeichnung im «Magyar Nemzet» hervorgeht: «Ja, sehen Sie, der Wagen besteht halt noch aus Friedensmaterial.» Selbstverständlich wollte das Organ der Patriottischen Volksfront nicht auf das Empfinden der Bevölkerung über einen gegenwärtigen Kriegszustand anspielen. Die Glosse des Zeichners galt lediglich der Tatsache, dass sich Automodelle aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg noch einer grossen Beliebtheit erfreuen, während man von den angebotenen modernen tschechischen und ostdeutschen Modellen nicht unbedingt restlos begeistert ist. Nun ist das sicher schon vermerkwürdig (wenn auch viele Ungarn um einen der schwer erhältlichen Skoda-Wagen froh wären), aber doch bei weitem nicht so aufschlussreich wie die gewählte Formulierung, die als Alltags-Redewendung offenbar so auf der Hand lag, dass sie nicht zweimal überdacht wurde. In Ungarn, das zeigt der Sprachgebrauch, herrscht kein Friede.



pagandistische Aktivität der KP, namentlich in den Grenzgebieten des Landes ist ohnehin für die indische Regierung ein Grund ständiger Sorgen. An sich ist die offizielle Stärke der Partei im Lande zurückgegangen; sie hat seit Ausbruch des sino-indischen Grenzdisputs 20 Prozent ihrer Mitglieder verloren. Namentlich die chinesische KP stösst bei ihrer indischen Schwesternpartei auf Widerstand. Erst kürzlich erklärte eine kommunistische Abgeordnete zu einer chinesischen Erklärung über die Grenzfrage: «Wir stimmen keineswegs mit gewissen chinesischen Ansichten überein. Uns haben weder die chinesischen Worte noch die Taten gefallen.» Diesem Rückschlag im offenen Parteileben aber stehen vermehrte Infiltrationsversuche der Kommunisten in den übrigen politischen Parteien und in apolitischen Gruppen gegenüber. Diese Aktivität aber ist umso gefährlicher, als sie kaum zu überwatchen ist.

Dass die Chinesen den anhaltenden Flüchtlingsstrom dazu benutzen, Agenten unterzubringen, klingt wohl plausibel. andererseits aber herrscht im Hochland immer noch schwere Hungersnot, so dass es den neuen Machthabern recht sein könnte, etwas vom «Bevölkerungsüberschuss» loszuwerden. Jedenfalls wirkt die Lage der hungernden Flüchtlinge, die den Grenzen der Himalaya-Staaten entlang auf die Gelegenheit zum Uebertritt warten, umso tragischer. In Indien zählt man über 40 000 tibetische Flüchtlinge, von denen 25 000 letztes Jahr und im ersten Quartal dieses Jahres eintrafen.

Immer noch hört man im weiteren gelegentlich von Widerstandsgruppen gegen das Peking Regime im Tibet selbst. Zum mindesten deren Angehörige stellen also noch weitere potentielle Flüchtlinge nach dem Süden dar, und eine weitere Welle wird spätestens dann zu erwarten sein, wenn das «verteilte» Land wieder vom Staat übernommen wird.

Der Schnappschuss

Jean-Paul Sartre, der in der kommunistischen Friedensbewegung aktiv mitmachte, wird in Ungarn wegen der Infiltration seiner westlichen Ideen in die Literatur gefürchtet und bekämpft. Bela Köpeczi, der Präsident des Ungarischen Verlagsinstituts, veröffentlichte in der Gewerkschaftszeitung «Elet es Irodalom» einen scharfen Angriff gegen den französischen Existentialismus und seinen Einfluss unter den Intellektuellen des Landes. Die Philosophie wird als implicite antikommunistisch bezeichnet, in der Form Sartres insbesondere als Ideologie eines «dritten Weges», der nichts Positives anhafte. «Der Marxismus sieht im Existentialismus ein Zerfallsprodukt der imperialistischen Welt.»

Laut «Sowjetskaja Rosszija» wurde die Laokonferenz in Genf, der Hauptstadt der Schweiz, eröffnet.

Den Protestmarsch der Zürcher Pöstler brachte die «Sowjetskaja Moldawija», eine Provinzzeitung in Kischinew, mit einer grossformatigen Photographie ihren Lesern zur Kenntnis.

Curriculum der Woche

FULBERT YOULOU

Bei den kürzlichen Präsidentschaftswahlen der Republik Kongo (ehemalige französische Kolonie Mittelkongo, nicht die jetzige «Kongoföderation») wurde Abbé Fulbert Youlou als Präsident bestätigt. Ferner ist er in der im Januar neugebildeten Regierung Ministerpräsident, Verteidigungsminister und Aussenminister.

Als Angehöriger des Laristammes am 7. Juni 1917 in Madibou bei Brazzaville geboren. Nach Absolvierung der Primarschule in Brazzaville Besuch der katholischen Priesterseminare in Akono (Kamerun) und Libreville (Gabon). Studien am Oberseminar von Yaoundé und Priesterweihe, anschliessend erteilt er Unterricht in Theologie in verschiedenen geistlichen Lehranstalten. 1946 Pastorisationstätigkeit in Brazzaville und später in Mindouli.

Rasche politische Laufbahn. Anfang 1956 Gründung der Demokratischen Union zur Verteidigung der afrikanischen Interessen und Herausgabe des Parteiorgans «Cette Semaine». Siegreich bei den Gemeindevahlen vom November 1956 und Bürgermeister von Brazzaville. 1957 vom Distrikt Djoué als Berater in die Territoriale Versammlung Mittelkongos entsandt. Im März 1957 als Mitglied des Kabinetts Opangault Minister für Landwirtschaft und im Mai des gleichen Jahres im Regierungsrat von Mittelkongo Minister für Land-, Wasser- und Forstwirtschaft.

Nach der Ausrufung der Republik Kongo im Rahmen der französischen Communauté (November 1958) Wahl zum Ministerpräsident und mit der Kabinettsbildung beauftragt. Bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung (Parlament), am 14. Juni 1959, konnte seine Partei 51 von 61 auf sich vereinigen. Vom 3. Juli des gleichen Jahres an war Youlou Ministerpräsident, Justizminister und Aussenminister. Am 21. November 1959 auf Grund der neuen Verfassung Präsident der Republik Kongo.

BRIEFE

Sachverhältnisse

F. F. in Twann:

Der zukünftige Lebenslauf eines Menschen kann, wenn ihm andere Erkenntnisse (Motive) beigebracht werden können, anders ausfallen als es der bisherige war, aber der zurückgelegte Lebensweg in keinem Augenblick, auch nicht im kleinsten Detail, anders ausfallen als er ausgefallen ist. Diese Einsicht in den wirklichen Sachverhalt kann die Kirche nicht anerkennen, sonst bricht ihr ganzer Gedankenbau und Glaube zusammen. Nun werden Sie begreifen, dass ich den «Klaren Blick» nicht länger behalten kann, es sei denn, dass er meiner Ueberzeugung Rechnung trägt.

Vielleicht kann die Kirche dieser Einsicht in den wirklichen Sachverhalt schon nicht ganz folgen. Red. KB